Igor

Autor(en): **Jaermann, Claude / Schaad, Felix**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 38

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Desinformationen der Infosuisse zur Ausländerpolitik:

Facts verbogen

VON JÜRG MOSER

Die Schweizerinnen und Schweizer sind nicht genug ausländerfeindlich. Diese Ansicht hegt die Vereinigung für politische und wirtschaftliche Forschung (Infosuisse).

Um aus ihrer Meinung eine Tatsache zu machen, beauftragte die Infosuisse das renommierte, allseits bekannte Marktforschungsinstitut IMRAG mit der Durchführung einer repräsentativen Untersuchung. Befragt wurden 600 Personen. Darüber, ab welcher Anzahl Befragungen ein Rückschluss auf eine Haltung der Gesamtbevölkerung möglich ist, streiten sich offensichtlich die Gelehrten. Denn je nach Untersuchungsfirma werden weit auseinanderklaffende Interviewmengen als Basis für eine zuverlässige und zulässige Hochrechnung genannt.

Ob nun die vorliegende Kleinuntersuchung mit dem hochtrabenden Titel «Ausländerpolitik und nationaler Konsens» tatsächlich als repräsentativ gelten kann oder nicht, ist von zweitrangiger Bedeutung. Weit mehr ins Gewicht fällt, dass diese Untersuchung nicht jene Resultate zeigte, welche die Infosuisse erwartet hat. Nur ein Drittel der Befragten schätzte die Ausländerpolitik als sehr wichtig ein (während beispielsweise die Arbeitslosigkeit von 84 Prozent der Befragten als sehr wichtiges Problem genannt wurde). 69 Prozent erklärten, das Leben in der Schweiz wäre ohne Ausländer viel eintöniger. Und nur 33 Prozent befürchten, dass Fremde den Schweizerinnen und Schweizern Arbeitsplätze wegnehmen.

Tja, die Resultate der Studie erfüllten die Erwartungen nicht. Was tun? Die Infosuisse zeigte sich als Meisterin der Flexibilität. Die Untersuchung beweist jetzt nämlich einen Informationsnotstand. Die Bevölkerung sei sich der negativen Konsequenzen des Ausländerzustroms nicht genügend bewusst. Hans Weiss, der Leiter der Untersuchung: «Wenn wir die Lebensqualität unseres Landes erhalten wollen, müssen wir jetzt etwas gegen die ständige Bevölkerungszunahme tun. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass man dem Schweizer Volk mit stichhaltigen Argumenten mögliche Konsequenzen der fortschreitenden, aber immer wieder verharmlosten Bevölkerungszunahme erklären kann.» Mit dieser Aussage beweist der Studienleiter natürlich jene sachliche Unvoreingenommenheit, die das Kernstück einer repräsentativen und objektiven Meinungsforschung bildet.

Auch Infosuisse-Präsident Jürg Schwenter plädiert für eine restriktive Einwanderungspolitik. Die zunehmende Bevölkerungsdichte berge sozialen und politischen Sprengstoff. Zur Regulierung der Bevölkerungszahl benötige deshalb die Schweiz dringend eine Bevölkerungspolitik. Dabei gelte es unter anderem, die Frage zu beantworten, wie viele Personen mit welcher Lebensqualität und mit welchen assimilierbaren und nicht assimilierbaren Minoritäten in der Schweiz eigentlich Platz haben.

Die Wendigkeit der Infosuisse ist gewiss ihre Sache. Und dass die Infosuisse mit Umfragen wie der vorliegenden Entscheidungsgrundlagen zu wichtigen politischen Themen beschaffen will, ist ebenfalls ihre Sache. Dass aber das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Bundesamt für Flüchtlinge im Justiz- und Polizeidepartement – zusammen mit der Ernst-Göhner-Stiftung sowie Globus und Migros – diese Studie mitfinanziert haben, mutet sonderbar an. Und ebenso sonderbar ist, dass die Studie an einer Medienorientierung im Berner Bundeshaus vorgestellt werden konnte. Spannt der Staat mit privaten Interessensvertretern zusammen, wenn er Grundlagen für seine politischen Entscheide benötigt? Wozu Geld ausgeben für Untersuchungen, wenn deren Resultate interpretatorisch zurechtgebogen werden, weil sie nicht den Erwartungen entsprechen? Solche Fragen könnte gewiss der EDA-Chefbeamte Rudolf Weiersmüller als Flüchtlingskoordinator beantworten. Er leitete die Medienorientierung im Bundeshaus. Und er gehört privat der ökokonservativen Vereinigung Ecopop an. Diese vertritt die These, Überbevölkerung sei eine Hauptursache für soziale und ökologische Schäden. Was gesinnungsmässig natürlich rein zufällig zu den politischen Forderungen passt, welche die Infosuisse aus der fragwürdigen IMR-Untersuchung ableitet. Ob solche Gesinnung zu einem Flüchtlingskoordinator passt?